

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,65 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Posthaltungen nehmen Bestellungen an.

Verausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Länder). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt 25 Pf., Familienamt 15 Pf., Vereinsamt 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 41.

Berlin, Sonnabend, 6. Oktober 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein Nachwort zum Breslauer Krawallprozess. — Ein unbedachtiger Angriff auf die Landesversicherungsanstalten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereine-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Ein Nachwort zum Breslauer Krawallprozess.

In der letzten Septemberwoche wurde in Breslau ein Prozess zu Ende geführt, der weit über das Reich hinaus die öffentliche Aufmerksamkeit erregt hat. Die Ursachen des gerichtlichen Schauspiels sind kurz folgende: In der Maschinenbauanstalt Breslau waren im April d. J. die Formner in den Ausstand getreten, worauf der Unternehmerverband die Aussperrung sämtlicher Breslauer Formner und Gleiserearbeiter in Aussicht stellte, wenn nicht bis zu einem bestimmten Tage in der Maschinenbauanstalt die Arbeit wieder aufgenommen wäre. Als dies nicht geschah, wurde die Drohung wahr gemacht, und am 19. April floßen sämtliche Organisten, darunter natürlich auch die Kollegen vom Gewerkeverein der Maschinenbauer, auf das Platzier.

Dieser Gewaltstreik rief naturgemäß eine außerordentliche Erregung unter der gesamten Breslauer Arbeiterschaft hervor. Burden doch dadurch Hunderte von fleißigen Arbeitern, die gern schaffen wollten, zu unfreiwilliger Ruhe verurteilt. Nun war es der Linischen Waggonfabrik gelungen, trotz unergiebiger „Arbeitswilliger“ sich zu sichern, daß der Betrieb aufrechterhalten werden konnte. Vor diesem Unternehmen hatte sich nun am Tage der Aussperrung eine große Menschenmenge angesammelt, unter der sich viele Halbwächter und Kinder befanden, die bei solchen Gelegenheiten sich stets einfinden und durch Lärmen und alle möglichen Unmuthheiten die Aufregung noch steigern. So auch hier. Als die Arbeitswilligen die Linische Fabrik verließen, kam es zu Reibereien zwischen ihnen und der angesammelten Menge, so daß die Polizei einschritt und ein förmlicher Straßenkampf entstand, bei dem auf beiden Seiten Blut floß und der Arbeiter Dietzold, der dadurch zu einer traurigen Verhinderung gelangt ist, durch den Stoß eines Schuttmannsfäßels seine linke Hand verlor.

Mag sein, daß das Verhalten der Volksmenge ein Einschreiten der Polizei erforderlich machte; die Art aber, wie dies erfolgte, muß unseren einschüchtern Widerstand herausfordern. Die Polizeimannschaften haben sich von der allgemeinen Herovollmacht ansetzen und sich zu Schritten hinreißend lassen, die in einer deutschen Stadt nicht vorkommen dürfen. Verletzungen von Frauen und Kindern, Säbelstiche auf dem Rücken sind Beweis genug, daß die Polizeigenossen das Maß des Notwendigen weit überschritten hatten, wenn man überhaupt ein Einschreiten ihrerseits für erforderlich erachtet. Denn wie der Justizrat Baumrath, einer der Verteidiger im Krawallprozess, in einer Rede über die Angelegenheit in der „Bresl. Zig.“ ausführt, ist der Charakter der ganzen lärmenden Kundgebung... ein verhältnismäßig gutartiger gewesen und er könne sich dem Gedanken nicht verschließen, daß wenn man damals die Menge noch ein halbes Stündchen lärmend und johlen ließ, der ganze Krawall, der die Ärtäre gefunden hätte, sich in einigen schiedsmännlichen Sühnehandlungen und Beilegungsfällen erledigt hätte.

Es aber nahm die Sache einen weit tragischeren Verlauf. Abgesehen von den zahlreichen Verletzungen wurde gegen etwa 150 Arbeiter die Anklage wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs erhoben. Dabei zeigt sich, daß auch die Breslauer Staatsanwaltschaft sich von der allgemeinen Nervosität hatte hinreißen lassen; denn gegen 95 Beschuldigte wurde alsbald die Klage wieder eingestellt, die schließlich (womit zusammenhängend, daß im ganzen noch 43 Personen, darunter zwei Frauen und zwei Jugendliche, sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Auf-

laufs, öffentlicher Beleidigung, Nötigung und Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten hatten.

Ueber den Verlauf des Prozesses sind unsere Leser durch die Tagespresse unterrichtet. Er endigte mit der Beurteilung von 37 Angeklagten, über die insgesamt mehr als 5 Jahre Gefängnis verhängt wurden. Die Einzelstrafen schwanken zwischen 3 Tagen und 6 Monaten.

Das Befremdliche an diesem Verfahren ist nun, daß überhaupt eine Anklage auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erhoben werden konnte. Dieser veraltete Paragraph besagt nämlich, daß mit Gefängnis u. s. w. bestraft wird, „wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Unterdrückung oder durch Verursachung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen“. Daß hier von einer Verabredung der Arbeiter zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht die Rede war, liegt doch klar auf der Hand. Einmal ist es nicht nachgewiesen, von wempeitender Seite sogar leibhafti bestritten worden, daß überhaupt auf Verabredung jene Ansammlungen stattgefunden haben. Wenn sich unter der Menge zahlreiche Aussperrte befanden, so liegt das daran, daß in nächster Nähe und zu gleicher Zeit die Unterstützungsgelder ausgeschüttet worden sind. Diese führte der Weg über den Striegauer Platz, und da sie keine Beschäftigung hatten, blieben sie stehen und vergrößerten dadurch noch die Menschenmenge, die sich dort angesammelt hatte. Von einer Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte aber auch deshalb nicht gesprochen werden, weil die Aussperrten ohne oder vielmehr wider ihren Willen die Arbeit verließen mußten. Sie hatten keine Verabredung getroffen, die Initiative ging von den Unternehmern aus. Daher bleibt es uns unverständlich, wie hier der § 153 der Gewerbeordnung in Anwendung gebracht werden konnte, und wir hoffen zwar sehr, daß diese Auslegung nicht allgemein Platz greift, wenn auch eine kurz vorher veröffentlichte Reichsgerichtsentcheidung der vom Breslauer Gericht vertretenen Auffassung beipflichtet. Hätte man von dem § 153 abgesehen, so wären von den 43 Angeklagten 30 völlig freigesprochen worden.

Es wird daher Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein, darüber zu wachen, daß die Einmütigkeit und Bertüchtigung des Koalitionsrechtes, die die in Breslau beliebte Auslegung des § 153 zweifellos bedeutet, verhindert wird. Es muß klipp und klar festgelegt werden, daß diese Auslegung dem Sinne des Gesetzes widerspricht.

Unwillkürlich drängt sich bei einem Rückblick auf die geschichtlichen Vorgänge der Gedanke auf, daß bei mehr Ruhe und Besonnenheit auf beiden Seiten sie sich sehr wohl hätten vermeiden lassen. Es kann leider nicht geteilt werden, daß in unserer Zeit die gewöhnlichen Arbeitskämpfe mit besonderer Erbitterung geführt werden. Ausschreitungen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung werden dadurch leichter herbeigeführt. Um so größer ist die Verantwortung derjenigen, die beratliche Schritte zu verhindern beabsichtigen und in der Lage sind. Das sind in erster Linie die Führer der Arbeiter, die schon im eigenen Interesse bemüht sind, vor Unbesonnenheiten zu warnen und Ungehelichkeiten zu verhüten. Wissen sie doch, daß sonst den Schatzmachern nur Wasser auf ihre Mühlen geliefert wird. Andererseits aber sollten diejenigen Organe, die man gemeinhin als die Hüter der öffentlichen Ordnung zu bezeichnen pflegt, noch mehr darauf bedacht sein, daß sie durch übertriebene Schnelrigkeit nicht selbst zur Störung der öffentlichen Ordnung beitragen. In Breslau hat jedenfalls die richtige Ruhe gesiegt; mögen anderwärts die Polizeibehörden aus der vorliegenden Vorgängen ihre Lehren ziehen!

Ein unbedachtiger Angriff auf die Landesversicherungsanstalten.

In den Fäulern der deutschen Großstädte, Mittel- und Landstädte gibt es auch einige Gebilde, die zur Unterstüßung des Kleinwohnungsbaus von gemeinnützigen Baugenossenschaften errichtet worden sind. Es sind ihrer aber so wenig, daß sie irgend einen merkbaren Einfluß auf den Wohnungsmarkt gar nicht ausüben können. Ihre verhältnismäßige Bedeutungslosigkeit schützt sie aber nicht vor der intensiven Gegnerlichkeit der Hausbesitzerorganisationen. Diese Gegnerlichkeit ist höchst bedauerlich, denn es ist gar nicht einzusehen, warum nicht die Baugenossenschaften und die privaten Hausbesitzer nebeneinander friedlich wirken sollen. Das Baugenossenschaftsprinzip an sich bekämpft die Hausbesitzerverbände nicht. Im Gegenteil, auch sie nutzen die Baugenossenschaftsgesetzgebung zu ihrem Vorteile aus. In Berlin z. B. hat der Bund der Berliner Grundbesitzervereine eine Baugenossenschaft begründet, die sich mit dem Schließen und Bewachen der Häuser und der Müllabfuhr befaßt und ungefähr 300 Beamte beschäftigt.

Trotz alledem sind die Hausbesitzerorganisationen scharfe Gegner der Baugenossenschaften. Was der Uhu in der Vogelwelt, ist die Baugenossenschaft in der Hausbesitzertreffen. Und so wird man es verstehen, daß „Das Grundigentum“, das Organ der Berliner Hausbesitzer, leibhafti wieder einmal einen neuen Angriff auf die Landesversicherungsanstalten unternahm. Das genannte Organ sprach sich über die Entfristung darüber aus, daß „die Unterstüßung des Kleinwohnungsbaus durch die Landesversicherungsanstalten und Kassenanstaltungen der Invaliditäts- und Altersversicherung“ bis zum Ende des Jahres 1905 die enorme Summe von 150 987 145,10 Mk. erreicht habe“. Die Versicherungsanstalt der Rheinprovinz habe sich an dieser Unterstüßung beteiligt in Höhe von 24 681 594 Mk., Hannover 20 519 196 Mk., Agr. Sachsen 12 627 810 Mk., Baden 11 184 698 Mk., Westfalen 9 808 352 Mk., Berlin 3 143 400 Mk., Ostpreußen 802 020 Mk., Riedersbayer 111 000 Mk., Mecklenburg 0 Mk., die Pensionskasse für die Arbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft 6 549 710 Mk., der Allgem. Knappschaftsverein zu Bochum 3 537 800 Mk. u. s. w.

Nachdem „Das Grundigentum“ sich darüber geäußert hat, daß ein Teil der aufgeführten Darlehen außerhalb der Reichsicherheit gewährt wurde — Hannover steht mit 20 pCt. der Gesamtsumme an der Spitze — läßt das Hausbesitzerorgan sehr heftig den zu niedrigen Zinsfuß der Darlehen. Von den auf Hypotheken und Grundschuldbriefe erfolgten Ausleihungen im Gesamtwerte von 239 916 611,99 Mk. wären Ende 1905 auszuliehen gewesen 1,57 Millionen unter 3 pCt., 81 Millionen unter 3 1/2 — 3 pCt. und 93 Millionen unter 4 — 3 1/2 pCt. Wortgetreu heißt es dann im „Grundigentum“: „Daraus kann man ersehen, welchen enormen Schäden die Unterstüßung der Baugenossenschaften aus finanziellen Mitteln den privaten Hausbesitzern macht“. „Die Hausbesitzer“ heißt es weiter, „müßten für ihre Hypotheken größtenteils noch über 4 pCt. Zinsen zahlen“. Das ist richtig. Könnten sie es ändern, wir würden es gewiß tun. Würden alle Geldbesitzer ihre Kapitalien in deutschen Werten anlegen, so wäre der Zinsfuß bestimmt niedriger.

Wir können beim besten Willen in der Unterstüßung der Baugenossenschaften aus „finanziellen Mitteln“ eine enorme Schädigung der privaten Hausbesitzer nicht erdenken. Die 150 Millionen Mark, die als Hypothekendarlehen an Baugenossenschaften hingegeben wurden, sind als Geldsumme für sich allein

*) Die „Grundigentum“-Redaktion weiß nicht, daß seit dem 15. Juli 1899 die Versicherung des Kleinwohnungsbaus durch die Landesversicherungsanstalten erfolgt.

**) Das Wort der Baugenossenschaften ist angebracht, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen „Hausbesitzer“ sind, es ist es nicht.

bringt. Die männlichen Arbeiter erhielten eine wöchentliche Lohnzulage von 1,50 Mk. die Lohnsätze der Arbeiterinnen wurden ebenfalls bewilligt. An der 58 stündigen Arbeitszeit soll künftig festgehalten werden. Eventuelle Streikfolgen sollen durch den Arbeiterausschuß geregelt werden. — In Augsburg stehen schon seit längerer Zeit die Feilenhauer im Streik. Es handelt sich in der Hauptsache um kleinere Betriebe. — In der Fabrik für optische Instrumente von G. P. Gortz in Friedenan b. Berlin ist etwa die Hälfte der Arbeiter in den Streik getreten. Es handelt sich nicht um Lohndifferenzen. Die Erregung unter den Arbeitern ist namentlich durch das Umschlagen einer „gelben“ Gewerkschaft entstanden und kam zum Ausbruch durch die Entlassung eines Vertrauensmannes vom Metallarbeiterverband. — Die Theaterarbeiter in Köln a. Rh. haben wegen Aufregung organisierter Kollegen über das Reichstheater und Metropolitantheater die Sperre verhängt. — In der graphischen Kunsthandlung der Hofbuchdruckerei Schleimig in Kassel ist das Hilfspersonal der Einlegerinnen in den Ausnahmestunden. — Die Kontobucharbeiter in Berlin befinden sich in einer Tarifbewegung. Die Fabrikanten wollen über den Tarifvertrag nicht verhandeln, bevor nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen den Vorkurs anerkannt haben. — In Krefeld sind die Buchbindergehilfen in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Abschaffung der Akkordarbeit, Einführung des Neunstundentages, Festsetzung eines Mindeststundenlohnes und Abregulierung des Bekleidungslohes. — Der Streik der Bettelsticker in Berlin dauert ununterbrochen fort. — In Bismarck befinden sich die Fliesenleger im Streik, weil eine Einigung über einen neuen Tarif nicht zu erzielen war. Die Ausständigen fordern 8 1/2 stündige Arbeitszeit, Befreiung der Akkordarbeit sowie 85 Pfg. Stundenlohn. — Einen guten Erfolg haben die Schuhmachergesellen in Nordhausen erzielt, indem es ihnen gelang einen Tarif abzuschließen, der ihnen wesentliche Vorteile bringt. — In Enschede (Holland), wo schon längere Zeit Hunderte von Textilarbeitern ausgeperrt sind, sind Einigungsverhandlungen im Gange, die ein nahe Ende des Kampfes wahrscheinlich erscheinen lassen. — Die Bergarbeiter in Budapest sind wegen Lohnunterschieden in den Ausnahmestunden. — In Vinogos (Frankreich) haben die Bädergesellen wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt, gleichzeitig aber den Präfekten (Bürgermeister) verständigt, daß sie, wie die Stadt mit Brot zu versorgen, bereit seien, in der Bäderkette des Konsumvereins zu arbeiten. — Sämtliche Angestellte der Pilsener- und Peloponnesseisenbahn (Wien-Land) sind in den Streik getreten. — In ganz Böhmen gibt es unter den Bergarbeitern. Während in den westlichen Distrikten eine friedliche Stimmung herrscht, beschließen die Arbeiter der östlichen Bezirke sofort in den Streik einzutreten, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. — Wegen einer 10prozentigen Lohnzulage sind in Castro Giovanni (Italien) gegen 3000 in den Schwefelbrüchen beschäftigte Arbeiter in den Ausnahmestunden. — Der Streik der Reifschmiede von Clyde hat schon weitere Folgen gehabt, insofern mehrere Hunderte an Schiffen arbeitende Maschinenbauer und Schreiner ausgeperrt worden sind. — Der Sekretär des Verbandes der schottischen Bergleute teilte dem Unternehmervorstand mit, daß die Bergleute eine Lohnzulage von 12 1/2 Pfg. und die Einrichtung eines Schlichtergerichts verlangen. Sollten sich die Unternehmer weigern, dieser Forderung Folge zu leisten, so würden 80000 Bergleute in den Streik treten.

Eine geringe Lohnzulage ist den Unternehmern der sächsischen Staatsbahn bewilligt worden. Vom 1. Oktober ab werden daselbst neue Lohngrundsätze eingeführt, die eine kleine Lohnzulage mit sich bringen. Die Bureau- und Stationsgehilfen erhalten zum Teil 80 Pfg., zum Teil 10 Pfg. täglich Zuschlag, die Hilfsbahnarbeiter wöchentlich bis zu 1 Mk., die übrigen Arbeiter bis zu 20 Pfg. täglich. Im ganzen betragen diese Lohnzulagen zusammen jährlich eine Mehrausgabe von rund 1 Million Mark. Auch die geringe Lohnzulage wird selbstverständlich von den Arbeitern freudig begrüßt. Etwas spärlicher aber hätte die sächsische Eisenbahnverwaltung wohl sein können. Angesichts der bestehenden Lohnverhältnisse wollen obige Bewilligungen wirklich nicht viel besagen. Auch in den bayerischen Staatsbetrieben scheint man sich von der Notwendigkeit einer Lohnzulage überzeugt zu haben. Der Leiter der königlichen Kettlerwerkstätten hat nämlich die Gehaltsmeisterei geteilt um eine fünfprozentige Lohnzulage, Garantie eines gewissen Lohnsatzes bei Akkordarbeit, Befreiung der Altersgrenze für den Höchsthoh auf 15 Jahre, Auszahlung von 9 Stunden an Sonntagen und Urlaub unter Fortsetzung des Lohnes. Öffentlich fällt diese bescheidene Anregung bei der Gehaltsmeisterei auf günstigen Boden!

Agrarische Forderungen. Die „Allg. Fleischzeitg.“ erwidert sich das Verdienst, in ihrer neuesten Nummer einen wichtigen nachzuweisen, mit welchen hinterlistigen Mitteln die Agrarier die wahre Lage des Viehmarktes zu verschleiern bemüht sind, um eine Öffnung der Grenzen zu verhindern. Das Blatt veröffentlicht nämlich einige „Streng vertraulich“ bezeichnete Schreiben des Leiters der Viehzentrale Herrn Ring. In dem ersten Schriftstück heißt es: „Wir sind bereit, sofort den Nachweis durch Umfrage und Veröffentlichung zu liefern, daß in Preussland wasserhaft genug fette Schweine vorhanden sind. Wir wollen sofort in drei Städten Oberhessens Schweine zum Verkauf stellen und die nötige Reklame dafür machen, daß die ganze Welt erfährt, daß Schweine genug da sind. Wir sind der Ansicht, daß die ganze Schweinwelt sofort im Lande ein Ende hat; wenn in dieser Weise eingegriffen wird. ... Wird der Zentrale für Viehverwertung ist es, bei allen solchen Angelegenheiten sofort einzugreifen; aber selbstverständlich werden wir, wenn wir mit Schweinen in Überfließen ankommen, von den dortigen Händlern und Schlächtern zum Teil beschlagnahmt werden, und darum bitten wir, bis zu 10000 Mark bei der Schlesischen Kammer Rückendeckung haben zu können. ...“

Mit vorläufiger Hochachtung Ernst Ring. Die wirkliche Absicht dieser Schweinefendungen geht dann aus folgendem anderthalb Monaten später verfaßtem Schreiben hervor: Die Forderung der Schweine nach Oberhessen ist von der Zentrale für Viehverwertung auf Grund von Mitteilungen, die eine Beihilfe der Kammer von 20000 Mark zufließen sollte. ... Ohne diese Beihilfe hätten die Grenzen unbedingt aufgemacht werden müssen. Der größte Teil der bewilligten Summe ist bereits verwendet, und es ist uns vorläufig sehr zweifelhaft, ob wir mit obiger Summe auskommen werden. Nach unserer Ansicht muß der Herr Minister, sowie wir die Forderung einreichen, die Grenzen aufmachen. ...

Noch offener spricht sich Herr Ring dem Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats, dem Grafen Schwerin-Schmig, gegenüber aus: Ich stehe nun auf dem Standpunkt: Was bedeuten denn 30- bis 60000 Mark Verlust gegenüber der Tatsache, daß der planmäßige Ankauf (gegen die Grenzsperrung), der von langer Hand vorbereitet ist, abgeschlossen wird? Die Landwirtschaftskammer ließ es sich also ruhig 60000 Mk. lohnen, um den Schein zu erwecken, als wenn genügend Vieh vorhanden wäre, damit nur ja die Regierung nicht an eine Öffnung der Grenzen denkt. Die Gewissenlosigkeit der Agrarier ist wahrhaftig noch größer als ihre Unerschlichkeit, und das will gewiß etwas sagen!

Ein bestreudliches Urteil bezüglich der Sonntagsruhe im Bädergewerbe teilte in einer seiner letzten Nummern das „Korrespondenzblatt“ mit. Der Jahrbuch eines großen Berliner Restaurators, der eine eigene Bäderkette hat lediglich zur Herstellung der in seinem Betriebe gebrauchten Badewannen, war wegen Übertretung der Vorschriften über die Sonntagsruhe angeklagt worden, weil er auch an Sonn- und Festtagen während der für die Sonntagsruhe bestimmten Stunden die Gesellen beschäftigt hatte. Das Schöffengericht sprach ihn frei, da es sich nicht um einen Bäderbetrieb, sondern lediglich um einen Bestandteil des gesamten Restaurationsbetriebes handelte.

Gegen diese in der Tat bestreudliche Entscheidung ist, wie dem Zentralverband deutscher Bäderinnenungen auf seine diesbezüglichen Vorstellungen beim Berliner Polizeipräsidenten mitgeteilt wurde, Berufung eingelegt worden. Die Bädermeister wollen sich nämlich, ebenso wenig wie die Bädergesellen bei dem Urteil beruhigen in der durchaus richtigen Auffassung, daß der Bäderbetrieb einem Gastwirt umhüllig gestattet sein darf, wenn er dem Bädermeister selbst verboten ist.

Nationalökonomische Vorlesungen von Dr. Oscar Stille an der Humboldt-Akademie in Berlin. Im Winterhalbjahr wird der diesen unserer Verbandsorgane vom sozialpolitischen Kursus des vorigen Winters her bekannte Dozent über folgende Thematika Vorlesungen halten: 1. Ueberblick über die gesamten Sozialwissenschaften. Georgenstr. 30/31. Dienstag von 8-10 Uhr. Beginn: 16. Oktober. 2. Geld- und Bankwesen mit praktischen Übungen. Bülowstr. 84. Montag von 8-10 Uhr. Beginn: 15. Oktober. 3. Handelswissenschaft. Bülowstr. 84. Donnerstag von 9-10 Uhr. Beginn: 18. Oktober. 4. Sozialismus. Kommunismus, Anarchismus. Bülowstr. 84. Donnerstag von 8-9 Uhr. Beginn: 18. Oktober. 5. Weltanschauungen und Prinzipien der politischen Parteien in Deutschland. Georgenstr. 30/31. Freitag von 9-10 Uhr. Beginn: 19. Oktober.

Gewerkevereins-Zeitung.

§ **Wartburg in Rommern.** Am Sonntag, 16. September, feierte der D.-B. der Tischler sein 1. Stiftungsfest, welches sich eines überaus starken Besuches seitens des Ortsverbandes und der Bürgerchaft, sowie zahlreicher Ortsvereine aus der Umgegend, zu erfreuen hatte. Der Ortsverein der Tischler war wohl fast vollständig erschienen. Die aus Anklam, Dramitz, Straßburg und Brieswalde gekommenen Verbandsbrüder wurden freudig am Bahnhof empfangen und nach dem Bahnhof geleitet. Der Vorsitzende des D.-B. der Tischler hielt die von auswärts gekommenen Ortsvereine ganz besonders herzlich willkommen. Dem Bräutigam folgte eine gemischte Mittagsstafel, bei welcher der Vorsitzende des Ortsverbandes Wartburg einen Toast ausbrachte auf die fremden Vereine und auf die Damen. Sodann wurde unser Verbandsbruder Karl Goldschmidt-Berlin vom Bahnhof abgeholt. Der Festzug fand überall die Straßen geschmückt. Im Mittelpunkt des Interesses stand bei der im großen Saale des Schützenhauses ein zusammengebräutes Festerschmausung die Rede des Kol. Goldschmidt. Die Rede schloß die Gewerkevereine in ihrer grundsätzlichen Stellung und ihren Bestrebungen auf eine geistliche und wirtschaftliche Verbesserung der Arbeiterchaft. Auf alle Teilnehmer machte die Rede einen tiefen und gleichzeitig erhebenden Eindruck. Stürmischer, langanhaltender Beifall lohnte ihn für seine trefflichen Ausführungen. Mitglieder des Gewerkevereins der Tischler veranlaßten nun allerlei Kuriositäten, wobei besonders der „durchgehende Künstler“ und eine „Künstler-Kapelle“ sich rühmlich hervorzuheben konnten. Bei Eintritt der Dunkelheit wurde für die Kinder ein Fackelzug veranlaßt. Bei der Rückkehr, die zur Mittagsstafel führte, erfolgte nach mehreren Ansprachen darunter auch eine von unserem Redakteur und von Frau Reblis aus Brieswalde. Ortsvereine der Kaufleute und der Frauen sind in der Gründung begriffen. Auf den neuen „Gewerkeverein“ haben von 38 Mitgliedern des Ortsvereins nicht weniger als 30 abonniert. Aus alle dem ersieht man: Es geht hier vorwärts!

§ **Wien.** Der D.-B. der Brauer hielt am 16. September, nachmittags 3 Uhr, seine Monatsversammlung im Vereinslokal ab. Das Referat des Herrn Dr. Reims mußte wegen Ermüdung des Herrn ausfallen. Darauf wurde das Referat der Tarifkommission für das Brauergewerbe wie folgt bekannt gegeben: 1. Arbeitszeit: täglich 9 Stunden. 2. Ruhe: 2 Mk. Zulage pro Kopf und Woche. 3. Nachtarbeit: von 6 bis 6 1/2 Uhr mit 15 Pfg. Zuschlag. 4. Ueberstunden: die erste in den üblichen Sätzen, jede weitere mit 10 Pfg. Zuschlag. 5. Krankheit: 6 Ueberstunden pro Kopf und Tag; das nicht getrunken Bier wird vergütet. 6. Urlaub: nach 2 Jahren Dienstzeit wird ein dreitägiger Urlaub pro Jahr ohne Abzug des Lohnes gewährt, steigend jedes Jahr um einen Tag. 7. regelt die Bezahlung der Ueberstunden mit 1 1/2 facher Bezahlung. 8. Besondere Bestimmungen: wo jetzt gelehrte Brauer beschäftigt sind, müssen frei werdende Stellen wieder mit gelehrten Leuten besetzt werden. 9. Arbeitsnachweis: a) Bierschleifen und Verwitterung dürfen nur 14 Tage dauern; b) Einstellungen müssen außer dem Prospekt genau der Reihe nach zu erfolgen; c) bei Entlassungen wegen Arbeitsmangel ist dem Alter der Dienstzeit nach zu verfahren.

Die Benennung war in allen Punkten dementsprechend, und bezüglich des Brauer-Verbandes ist wirtschaftliche Interessen von Hamburg und Umgebung zu erschaffen, den 1. September Tarif mit obigen Ergänzungen auf 3 Jahre zu erneuern. Betreffs der Entlassung einiger Kollegen infolge des Streikens mit den Brauereien wurde der Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß bei Bedarf von Arbeitsträgern die dadurch Betroffenen werden zuerst in Lohn und Brot kommen. Betreffs der nur ein Beschäftigter des D.-B. der Maschinenbauer, während des Streikens sich jedes Dienstverweises zu enthalten. Offenbar waren dieselben sich der Tragweite eines solchen Beschlusses, ohne sich bei und über die Situation zu erkundigen, nicht bewußt gewesen. Der Vorsitzende gab hierauf bekannt, daß er eine Sammelliste des D.-B. der Kaufleute mit der Begründung leer zurückgeschickt habe, daß einzelne in Rot getatene Kollegen seitens ihres Ortsvereins nicht unterstützt werden müßten, wenn dagegen ganze Ortsvereine einer Unterstützung bedürftig seien, müßte die Sammelliste dem Ortsverband ausgeben. — Recht mißbilligend sprach die Versammlung sich abseits über die hiesige Herausforderung aus. Wenn Herr Reblitz hier sich schon den Ausdrücken des Bundes-Vorstandes widersetzt, wie Nr. 37 der „Bundes-Zeitung“ zeigt, müßte man sich nur wundern, wie so mancher Bundesverein solchen Gebahren noch gut heißen könne. Jedenfalls, wenn Herr Reblitz sich nicht den obersten Instanzen fügt und den Delegiertentagsbeschlüssen fortgesetzt ungekräftigt widerstandt, kann die obligatorische Einführung der „Bundes-Zeitung“ für uns auch nicht bindend sein.

Damit ist für uns die Sache erledigt, denn ja lange die Zeitung nicht in Händen der Organisation ist, verdrängen die Hamburger Bundeslogen auf den Grund des geschriebenen Jahrbuchs der „Bundes-Zeitung“ einträglich. Reinhold Herzog, Schriftführer.

§ **Wien.** Am 24. September fand hier eine Versammlung aller in den Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter statt, die einberufen war von den Christlichen mit dem Vorbehalt, die Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gewerkschaftler seien Zutritt hatten. Die Sozialdemokraten sprachen sich aber an diesen Beschäftigten nicht und erschienen in großer Zahl. Gleich bei Beginn kam es daher zu großem Lärm. Einige Arbeiter wurden darauf aus dem Saal entfernt. Als der Referent endlich zu Worte kommen konnte, wurde er durch Ziehung mehrerer Karten wie gewöhnlich durch die Diskussion Kollege M. Schumacher-Berlin vom Gewerkeverein der Tischler, welcher als Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine zur Versammlung erschienen war, das Wort nahm, er hob sich wieder ein höher über,

betrachtet, natürlich eine Riesenziffer. Auf dem deutschen Hypothekemarkt dagegen bedeuten jene 150 Millionen ganz und gar kein imponantes Kapital. Man denke, daß allein in den holländischen Bezirken Preußens in dem Zeitraum von 1886 bis 1900: 23 286 Millionen Mark als Hypotheken neu eingetragen wurden. Hier von sind allerdings 49 pCt. gelöscht worden. Auf mehr eingetragene Hypotheken blieben aber immer noch 11 844 Millionen Mark stehen. Zu diesen Summen kommen die Hypotheken in den läublichen Bezirken Preußens. In den 15 Jahren von 1886 bis 1900 betragen hier die eingetragenen Hypotheken 10 672 Millionen Mark, die gelöschten 7 114 Millionen Mark, die mehreingetragenen 3558 Millionen Mark. In ganz Preußen Stadt und Land, sind also von 1886 bis 1900 zusammen fast 34 Milliarden Mark als Hypotheken neu vergeben worden. Für ganz Deutschland ergibt sich diese Summe gut und gern auf 60 Milliarden. Neben diese Riesenziffer setze man jene 150 Millionen, die bisher im ganzen den Baugenossenschaften geliehen wurden: Darf man angesichts dieses Zahlenverhältnisses im Ernste von einer enormen Benachteiligung der privaten Hausbesitzer reden?

Die kritische Befehdung der Baugenossenschaften ist auch um desto billiger verfehlt, weil Baugenossenschaften vielfach erst dann gegründet wurden, wenn sich Privatunternehmer nicht finden, um in manchen Gegenden Arbeiterwohnungen zu errichten. Wir erinnern hier nur an das unbefriedigte Wohnungsbedürfnis in holländischen Industriegebieten, an großen Rangierbahnhöfen. Jechen usw.

Die Hausbesitzer sind ferner aus rechtlichen Gründen nicht berechtigt, den Landesversicherungsanstalten aus der Vergabung von Darlehen an Baugenossenschaften einen Vorwurf zu machen, denn das Invalidenversicherungsgesetz (§ 164) ermächtigt die Landesversicherungsanstalten, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde usw. die Hälfte ihres Vermögens in Grundstücken anzulegen — unter der Bedingung, daß diese Verwendung ausschließlich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung, d. h. den Arbeitern, zu gute komme. 1901 betrug nun das Vermögen der Versicherungsanstalten und zugelassenen Kassen-einrichtungen bereits nahe an eine Milliarde. Wenn hiervon 150 Millionen zur Unterstützung des Kleinwohnungsbaus hingegeben werden, so haben die Landesversicherungsanstalten erheblich weniger Geld gegeben, als das Gesetz vorseht. Das Vermögen der Versicherungsanstalten ist zur Hälfte von den Arbeitern selbst aufgebracht worden. Deshalb ist es recht und billig, daß es auch zu ihrem Vorteil verwendet wird. Uebrigens liegt es im Eigeninteresse der Landesversicherungsanstalten, durch Verbesserung der Wohnungsverhältnisse die Volksgesundheit zu heben. Je besser die Volksgesundheit wird, desto geringer wird das Risiko der Versicherung, und die Versicherungsanstalt kann ihre Leistungen erhöhen bezw. ihre Beiträge herabsetzen, was dann auch wieder den Arbeitgebern und Arbeitern zu gute kommt.

Die Entrüstung der Hausbesitzer über die auf ganz Deutschland verteilten 150 Millionen Hypothekendarlehen der Baugenossenschaften erinnern an den Reiz des reichen Bauern, der seinem armen Nachbarn nicht einmal den Besitz einer magern Ähre gönnt. Auch die Hausbesitzer haben die Pflicht, daran mitzuwirken, daß die sozialen Gegensätze nach Möglichkeit ausgeglichen werden, um der Sozialdemokratie durch praktische Taten Abbruch zu tun. Es ist eine durch die Tatsachen erwiesene Wahrheit, daß in den Baugenossenschaften gerade diejenigen Arbeiter wirken, die sich mit ihren Anschauungen auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung und des konstitutionellen Staats bewegen. Im Interesse einer gesunden sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zum Besten der gesamten Bevölkerung liegt es, gerade diesen Teil der Arbeiterschaft zu fördern.

Allgemeine Rundschau.

Beteiligung der Gewerksvereine an der bayerischen Zentralfeste für Industrie, Gewerbe und Handel. Am Montag, 1. Oktober fand in München mit dem Herrn Minister des Königl. Hauses und des Inneren von Podewils eine Besprechung statt über die Beteiligung der Gewerksvereine an der in Bayern zu errichtenden Zentralfeste für Industrie, Gewerbe und Handel. An der Besprechung nahmen teil der bayerische Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat Dr. Müller (im Reichstag: Müller-Reiningen), Kollege Käfer in Nürnberg und die Kollegen Bietzer, Krieger und Seitz in Augsburg. Der Minister erklärte, daß er das Verlangen der Gewerksvereine, bei der Zentralfeste beteiligt zu sein, ihr berechtigt halte und den beglücklichen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen werde.

Am 26. September fand die Gewerksgerichtswahl für den Kreis Würzburg statt. In den Bürgermeisterei Friederichsheim-Hochemmerich und Homberg-Baerl haben sich die Gewerksvereine zum ersten Male daran beteiligt, und zwar, wie man wohl sagen darf,

mit gutem Erfolge. In Friederichsheim erhielt der Kandidat der Gewerksvereine 124, der des evangelischen Arbeitervereins nur 18 Stimmen, so daß unser Kollege gewählt ist. In Homberg siegten die „freien“ Gewerkschaften nur mit knapper Majorität. Auf ihren Kandidaten entfielen 40, auf den Gewerksvereiner 32 und den Christlichen 14 Stimmen.

Diese Zahlen zeigen, daß hier für die Gewerksvereine ein guter Boden ist. Das muß uns für die Wintermonate eine Mahnung sein. Jeder Kollege muß mithelfen unsere Reihen zu stärken, und sich bemühen für uns zu agitieren. Wenn alle Mitglieder ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, dann wird es uns gelingen, bei den nächsten Wahlen auch die anderen zwei Sitze im Gewerksgericht für uns zu gewinnen. G. K.

Verleumdung! Im „Vorwärts“ vom Donnerstag wird die Zeitung unseres Ortsvereins Mariendorf in beschäffiger Weise allerhand Schandtatzen beschuldigt. Wir haben daraufhin sofort den Tatbestand festgelegt. Die Versammlung in Mariendorf, zu dem Zwecke einberufen, die sozialdemokratischen Angriffe auf unseren Ortsverein zurückzuweisen, begann gleich mit Ehrm, da die erschienenen Gewerkschaftler augenscheinlich beabsichtigten, die Versammlung von vornherein zu sprengen. Als der Referent Rukrasch den Beweis für das korrekte Verhalten des Ortsvereins und die Ungehörigkeit der sozialdemokratischen Angriffe führte, wurde er fast bei jedem Satze unterbrochen. Unser Ortsverein bezw. die Kollegen in Mariendorf haben unter den niederträchtigsten Schlägen zu leiden. Junge Leute erdreisten sich, gereizten Männern die gemeinsten Schimpfparole zuzurufen, allein um deswillen, weil die erfahrenen älteren Leute die sozialdemokratische Hetze nicht mitmachen wollen. Die Verbändler aus dem Gaswerk in Mariendorf haben von Anfang an versucht, unseren Ortsverein niederzutreten. Da ihnen dies nicht gelang, so greifen sie jetzt zu den verwerflichsten Mitteln. An dem Vorwurf im „Vorwärts“ ist allein wahr, daß der Gesamtverband bei Begründung des Ortsvereins auf Beschluß seiner Mitglieder bei der Betriebsleitung vorstellig wurde, um ihr mitzuteilen, daß der Ortsverein sich begründet habe. Diese Vorstelligung erfolgte zu dem Zwecke, die Betriebsleitung in Kenntnis zu setzen, wenn Forderungen seitens des Ortsvereins an dieselbe gerichtet werden. Bis dahin wußte man in dem Werke eben nur von dem Bestehen einer sozialdemokratischen Verbandsorganisation. Das übrige ist erlogen! Niemals hat der Vorsitzende die Äußerung getan, daß der Ortsverein in dem Gaswerke für den Fall eines Streiks „Rückendeckung“ gewähren werde. Diese gemeine Verleumdung rührt von den früheren Vorstandsmitgliedern Schönwald und Klamke her, die bei der Vorstelligung zugegen waren und heute die Geschäfte der sozialdemokratischen Organisation besorgen. Der Ortsverein hat infolge dieser Verleumdungen 3 einwandfreie Kollegen gewählt, welche bei dem Betriebsleiter Herrn Bohmer vorstellig wurden, um die Wahrheit genau festzustellen. Herr Bohmer erklärte auf das Bestimmteste, daß auch nicht ein Wort gesprochen worden sei, was auf ihn den Eindruck gemacht habe, der Ortsverein beabsichtige in Lohnfragen eine andere Stellung einzunehmen, als es die Arbeiterehre rechtfertige. Besonders sei das Wort „Streik oder Rückendeckung“ nicht gebraucht worden. Auf Grund dieser Äußerung und ihrer Bestätigung durch unsere durchaus glaubwürdigen Kollegen muß man zu der Ueberszeugung kommen, daß es sich um ein niederträchtiges Spiel handelt, den Vorstehenden des Ortsvereins in dem Ansehen seiner Arbeitskollegen herabzusetzen. Nowacki, von dem ebenfalls im „Vorwärts“ die Rede ist, ist von den Verbändlern in den Arbeiterausschuß gewählt worden und später unserem Ortsverein beigetreten. Von dem Augenblicke an, wo Nowacki zu uns kam, wurde er schikaniert und gepöbelt, er solle sein Amt als Mitglied des Arbeiterausschusses niederlegen. Weil er dies nicht tat, suchte man ihn auf alle mögliche Weise zu schaden. In dieser Stimmung mag Nowacki gegen die Anträge der Verbändler getrimmt haben. Diese Freiheit würde man ihm gewiß nicht bestreiten, wenn er im übrigen mit den Verbändlern nach wie vor durch Dick und Dünn gegangen wäre. Die Verbändler lassen nichts so sehr, wie eine selbständige Meinung und lassen sie noch ganz besonders, wenn es sich dabei um einen Mann handelt, der sich nicht unter ihre Krante beugen will. So ist der ganze Angriff im „Vorwärts“ erfinden, um anhängliche Meinungen um ihre Ehre zu bringen. Pst! Tausel über diese Art der Presse und der Agitation! M.

Der Diskutierklub der Deutschen Gewerksvereine (D.-G.) zu Berlin, der auf eine fünfjährige Tätigkeit zurückblicken und recht erfreuliche Erfolge aufweisen kann, hat in dieser Woche an die einzelnen Ortsvereine von Berlin und Umgegend Anschriften versandt, in welchen die Verbandsgenossen zur Teilnahme an den Bestrebungen des Klubs aufgefordert werden. Im Oktober beginnt ein neuer Vortragskursus über die sozialpolitischen Gesetze. Anherden werden alle Tagesfragen und Ereignisse in der Arbeiterbewegung eingehend erörtert. Da jedem Kollegen hier Gelegenheit geboten wird, sein Wissen zu bereichern, sich im Reden zu üben und sich das Rüstzeug zum Kampfe mit den Gegnern anzuschaffen, wäre es nur dringend zu wünschen, daß die Ortsvereinsvorsitzende recht einträglich auf den Nutzen der Diskutierklubs hinweisen und zum Besuche namentlich die jüngeren Mitglieder auffordern. Der Berliner Diskutierklub tagt jeden Mittwoch abend von 7/8 bis 7/11 Uhr im Sitzungs-saale des Verbandshauses, Weißwallerstr. 121/23.

Arbeiterbewegung. Der Kampf auf dem Hüttenwert „Rothe Erde“ geht mit unerminderter Heftigkeit weiter. Die Direktion will auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen. Und wenn der Herrgott selbst vom Himmel herunterläme, will Herr Hüttenwert von seinem Herrenstandpunkt nicht weichen. Trotz alledem beschloßen die Hüttenarbeiter in einer großen Versammlung in Haaren, die von nahezu 2500 Personen besucht war, im Streik anzuharren. Dieser Beschluß wurde gefaßt, obgleich die Organisationsleiter der Versammlung ferngeblieben waren, um der Bekämpfung der Direktion die Spitze abzubreden, daß die Arbeiter nur durch die „berufsmäßigen Heger“ in den Streik getrieben würden. — In den Erzgebirgs-Fahrradwerken in Brandenburg sind wegen bedeutender Lohnabzüge die Arbeiter in den Streik getreten, nachdem die mehrtägigen Verhandlungen sich gescheitert haben. Beteiligt sind der Gewerksverein der Maschinenbauer und der Fabrik- und Handarbeiter. — Nahezu 2000 Arbeiter in den Metallwarenfabriken von Offenbach haben die Kündigung erhalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Porzellan- und Lederarbeiter mit in die Bewegung hineingezogen werden. — Die Former- und Siebereiarbeiter bei der Firma Siemens in Pantow befinden sich noch immer im Streik. — Die Werkzeugmacher in Berlin haben beschloßen, die Vorbereitungen für eine Lohnbewegung in dem Spezialbetriebe für Schmitte und Stenzen zu treffen. — Zwischen der Firma J. B. Münch, Gold- und Silbermanufaktur in Nürnberg und ihren Arbeitern kam ein Tarif zustande, der auf ein Jahr läuft und den Arbeitern wesentliche Vorteile

Menschenfick! Als vor zwei bis drei Jahren in Berlin die Anarchosozialisten sich behaupten in den Massenstreik begeisterten, der sozialdemokratische, damalige Stadtvorordnete Dr. Friedberg auf das allgemeine geheime direkte Wahlrecht „piff“ und vor 3000 Arbeitern in Berlin die Erklärung abgab, daß dem Reichstagswahlrecht von der Arbeiterschaft keine Ehre nachgeweiht werden würde, da fand er für-mischen Beifall, und roß sowohl die anarchosozialistische Bewegung in Berlin an. Bebel bekam es mit der Angst und hielt zu Jena die tabuläre Massen-freistrede, um die zum Anarchosozialismus abge-schworenen „Friedberger“ wieder zurückzuholen. Das ist ihm zum guten Teil gelungen, denn Friedberg wurde still. Die Anarchosozialisten aber fühlten sich seit Jena als die zielbewußtesten Sozialdemokraten und da fand auch deren gewerkschaftliche Richtung, die Lokalfisten, stärkeren Anhang in Berlin. Nun ist wieder alles anders. Dr. Friedberg ist ganz und gar beruhigt worden, denn zu Mannheim sah er auf dem Parteitage dabei und tat den Mund nicht auf, obgleich Bebel sich und seine zu Jena den „Friedberger“ zu Liebe gehaltene Rede gründlich desabon-zierte. Wertwüßig, Dr. Friedberg bleibt auch ruhig, nachdem jetzt der Wiesenthalchen, „Allgemeinen Metall-arbeiter-Verein“ die Vorwärtsdrucker verweigert worden ist. Die Drucker bei Herrn Wiesenthal erklärt, daß eine weitere Drucklegung des ge-nannten Blattes bei ihr nicht mehr stattfinden dürfe.

Por 2 Jahren ließ sich Herr Dr. Friedberg schon als der neue Heilbringer feiern, und heute ist er still, ganz müdegeschill geworden! Und die, die ihn feierten, sind auch still geworden!

Erkläre mir, Graf Dordur, diesen Zwiepsall der Natur!

Zielbewußte Streikbrecher. In Kenmarkt in Schlegel streifen seit 8 Wochen die Schuhmacher (Heimarbeiter). 30 Gefellen arbeiten zu den von ihnen geforderten Bedingungen und 50 befinden sich noch im Streik. Die meisten Gefellen gehören dem Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter an. Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 10 pCt. Die Arbeitgeber haben bereits eine Erhöhung ihrer Warenpreise erzielt. Sie sind also sehr wohl in der Lage, die Forderungen zu bewilligen. Augenscheinlich wollen sie auch noch die Erhöhung der Lederpreise mit heraufschlagen. Während des Streiks hat sich hier nun ein zielbewußter Zentralverband mit 7 Mitgliedern begründet, die zu alten Bedingungen arbeiten, und im Kampfe also in den Rücken fallen! Diese „zielbewußte Streikbrecheri“ muß gebremst werden.

Arbeiterbewegung. Der Kampf auf dem Hüttenwert „Rothe Erde“ geht mit unerminderter Heftigkeit weiter. Die Direktion will auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen. Und wenn der Herrgott selbst vom Himmel herunterläme, will Herr Hüttenwert von seinem Herrenstandpunkt nicht weichen. Trotz alledem beschloßen die Hüttenarbeiter in einer großen Versammlung in Haaren, die von nahezu 2500 Personen besucht war, im Streik anzuharren. Dieser Beschluß wurde gefaßt, obgleich die Organisationsleiter der Versammlung ferngeblieben waren, um der Bekämpfung der Direktion die Spitze abzubreden, daß die Arbeiter nur durch die „berufsmäßigen Heger“ in den Streik getrieben würden. — In den Erzgebirgs-Fahrradwerken in Brandenburg sind wegen bedeutender Lohnabzüge die Arbeiter in den Streik getreten, nachdem die mehrtägigen Verhandlungen sich gescheitert haben. Beteiligt sind der Gewerksverein der Maschinenbauer und der Fabrik- und Handarbeiter. — Nahezu 2000 Arbeiter in den Metallwarenfabriken von Offenbach haben die Kündigung erhalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Porzellan- und Lederarbeiter mit in die Bewegung hineingezogen werden. — Die Former- und Siebereiarbeiter bei der Firma Siemens in Pantow befinden sich noch immer im Streik. — Die Werkzeugmacher in Berlin haben beschloßen, die Vorbereitungen für eine Lohnbewegung in dem Spezialbetriebe für Schmitte und Stenzen zu treffen. — Zwischen der Firma J. B. Münch, Gold- und Silbermanufaktur in Nürnberg und ihren Arbeitern kam ein Tarif zustande, der auf ein Jahr läuft und den Arbeitern wesentliche Vorteile

Menschenfick! Als vor zwei bis drei Jahren in Berlin die Anarchosozialisten sich behaupten in den Massenstreik begeisterten, der sozialdemokratische, damalige Stadtvorordnete Dr. Friedberg auf das allgemeine geheime direkte Wahlrecht „piff“ und vor 3000 Arbeitern in Berlin die Erklärung abgab, daß dem Reichstagswahlrecht von der Arbeiterschaft keine Ehre nachgeweiht werden würde, da fand er für-mischen Beifall, und roß sowohl die anarchosozialistische Bewegung in Berlin an. Bebel bekam es mit der Angst und hielt zu Jena die tabuläre Massen-freistrede, um die zum Anarchosozialismus abge-schworenen „Friedberger“ wieder zurückzuholen. Das ist ihm zum guten Teil gelungen, denn Friedberg wurde still. Die Anarchosozialisten aber fühlten sich seit Jena als die zielbewußtesten Sozialdemokraten und da fand auch deren gewerkschaftliche Richtung, die Lokalfisten, stärkeren Anhang in Berlin. Nun ist wieder alles anders. Dr. Friedberg ist ganz und gar beruhigt worden, denn zu Mannheim sah er auf dem Parteitage dabei und tat den Mund nicht auf, obgleich Bebel sich und seine zu Jena den „Friedberger“ zu Liebe gehaltene Rede gründlich desabon-zierte. Wertwüßig, Dr. Friedberg bleibt auch ruhig, nachdem jetzt der Wiesenthalchen, „Allgemeinen Metall-arbeiter-Verein“ die Vorwärtsdrucker verweigert worden ist. Die Drucker bei Herrn Wiesenthal erklärt, daß eine weitere Drucklegung des ge-nannten Blattes bei ihr nicht mehr stattfinden dürfe.

Por 2 Jahren ließ sich Herr Dr. Friedberg schon als der neue Heilbringer feiern, und heute ist er still, ganz müdegeschill geworden! Und die, die ihn feierten, sind auch still geworden!